

Aachener Erklärung

2. Juli 1987

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) – Agrarkoordination, Die Verbraucher Initiative

Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik

Überproduktion gezielt gefördert

Viele von uns denken bei der EG-Agrarpolitik zuerst einmal an Butter- und Milchpulverberge, an Zucker- und Getreideüberschüsse sowie an Kühlhäuser voll unverkäuflichem Rindfleisch. Es herrscht das Bild vor, dass die Brüsseler Kommission die Agrarprobleme nicht in den Griff bekommt und Unsummen an Subventionen verpulvert, die angeblich in die Taschen der Bauern fließen. In Wirklichkeit hat die Agrarpolitik die Überproduktion gezielt gefördert. Die Subventionen gehen im Wesentlichen nicht an die Bauern, sondern an die nachgelagerten Bereiche, Nahrungsmittelindustrie, Lebensmittelhandel und an Exportfirmen. Diese Branchen üben einen erheblichen Einfluss auf die Struktur der Landwirtschaft aus.

Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft

Seit zwei Jahren ist nun von einer Reform der Agrarpolitik die Rede. Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit ist eine Politik verschärft worden, die binnen weniger Jahre zur Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft führen wird. An deren Stelle soll nach dem Willen der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eine vollständig industrialisierte Agrarproduktion treten, wie wir sie schon in der Geflügelbranche vorfinden.

Zukunft der Landwirtschaft

Begründet werden die Maßnahmen der EG-Administration mit den Überschüssen und den dadurch entstehenden hohen Kosten. Die Bauern sollen weniger produzieren heißt es, deshalb werden die Erzeugerpreise weiter gesenkt und die Milchproduktion kontingentiert. Bei dieser »Reform« geht es jedoch nicht nur um Preise. Es geht vielmehr um die Frage, wie unsere Nahrungsmittel morgen produziert werden, wie die moderne Landwirtschaft mit der Natur umgeht, ob weiterhin agrarische Ressourcen in der Dritten Welt ausgebeutet werden, ob die EG weiterhin mit Agrarexporten und sogenannter Nahrungsmittelhilfe die Binnenmärkte und damit auch die Selbstversorgung in den Entwicklungsländern stört.

Neues Bündnis

Die jetzige Agrarpolitik beseitigt die Ursachen der bestehenden Missstände nicht, sondern verschärft die Probleme noch weiter. Deshalb haben sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik bäuerliche, Umwelt-, Verbraucher- und entwicklungspolitische Organisationen zusammengeschlossen, um der Brüsseler Politik die Forderung nach einer neuen, einer sozialen, ökologischen und solidarischen Agrarpolitik gegenüberzustellen.

Auswirkungen der Agrarpolitik von EG und Bundesregierung

... auf die Landwirtschaft

Strukturwandel

Die EG-Agrarpolitik hat zu einer Vernichtung kleiner und mittelbäuerlicher Existenzen geführt. Trotz der alljährlich spektakulären Agrarpreisverhandlungen sind seit 1970 die realen Erzeugerpreise in der Bundesrepublik um 24 Prozent gesunken. Der größte Teil der bäuerlichen Betriebe erreicht kein ausreichendes Einkommen mehr. Die Verschuldung der Betriebe nimmt von Jahr zu Jahr zu. So mussten allein in der Bundesrepublik seit 1970 über 375.000 Bauern ihre Höfe aufgeben. Alle zwei Minuten geht in der EG ein landwirtschaft-

licher Arbeitsplatz verloren. Die verantwortlichen Politiker setzen weiter auf ein »Gesund-schrumpfen«. Der Strukturwandel soll durch Preissenkungen, Quotenverkürzungen, Mit-verantwortungsabgaben und Ruhestandsprogramme drastisch beschleunigt werden. Bis zum Jahr 2000 soll noch jeder zweite Bauernhof aus der Produktion verschwinden.

Werden die politischen Programme der EG-Kommission, der Bundesregierung und der Führung des Bauernverbandes Wirklichkeit, wird es in den neunziger Jahren keine bäuerliche Landwirtschaft mehr geben. Nahrungsmittel werden dann in Agrarfabriken und durch industrielle Formen der Landbewirtschaftung erzeugt werden. Dabei sollen verstärkt biotech-nische Verfahren sowie gentechnisch manipulierte Pflanzen und Bakterien genutzt werden. Die möglichen Gefahren dieser Produktionsweise sind mit den Risiken der Atomenergie-Erzeugung durchaus vergleichbar.

Agrarfabriken

... auf die Umwelt

Der Zwang zum Wachsen oder Weichen hat zu einer immer stärker werdenden Intensivierung der Landwirtschaft geführt, mit zum Teil dramatischen Folgen für Umwelt und Natur. Unsere Lebensressourcen Boden, Wasser, Luft und die Pflanzen- und Tierwelt werden durch die Intensiv-Landwirtschaft zunehmend bedroht.

Lebensressourcen bedroht

Nitratbelastungen und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser (weit über den zulässigen EG-Grenzwerten), zunehmende Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel, Schädigung des Bodens durch Verdichtung und Erosion sind ernstzunehmende Warnsignale. Ausgeräumte Landschaften und die Verödung einzelner Regionen machen das zerstörte Verhältnis von Landwirtschaft und Natur deutlich.

Verödung einzelner Regionen

Die hochtechnisierte, chemieintensive landwirtschaftliche Produktionsweise ist auch der Hauptverursacher des rapiden Artenschwundes. Die letzten Reste naturbetonter Biotope sind weiterhin durch die landwirtschaftliche Intensivierung bedroht. Entwässerungsmaßnahmen (z. B. in der Flurbereinigung), Grünlandumbruch und Chemieeintrag nehmen zerstörerische Wirkung an.

Artenschwund

... auf den Verbraucher

Für die Entwicklung unserer Lebensmittelversorgung ist kennzeichnend, dass immer weniger Erzeugnisse den Verbraucher direkt erreichen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Nahrungsmittelindustrie und der Lebensmittelgroßhandel immer stärker zwischen Bauern und Verbraucher geschoben. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind zunehmend zu bloßen Rohstoffen für Industrie und Handel geworden.

Agrarische Rohstoffe für Industrie und Handel

Der Anteil der be- und verarbeitenden Nahrungsmittel hat erheblich zugenommen. Wichtige ernährungsphysiologische Eigenschaften sind dabei vernachlässigt worden. Um eine lange Haltbarkeit und Transportfähigkeit zu erreichen, werden verstärkt fragwürdige Konservierungsstoffe eingesetzt. Hinzu kommen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tiermedikamenten in den Nahrungsmitteln, die zu immer höheren gesundheitlichen Risiken für den Konsumenten führen.

Gesundheitliche Risiken

Gleichzeitig findet sowohl in der Ernährungsindustrie als auch im Lebensmittelhandel ein aggressiver Verdrängungswettbewerb statt. Das Ernährungshandwerk ist wie die bäuerliche Landwirtschaft vom Aussterben bedroht. Die Agrarpolitik greift zusätzlich, wie z. B. in der Molkereibranche mit Stilllegungsprämien in den Strukturwandel ein, an dessen Ende nur noch wenige Unternehmen den Markt bestimmen werden. Der Kunde wird dann nicht mehr »König« sein, sondern er ist dann von den wenigen, marktbeherrschenden Unternehmen abhängig.

Der Kunde ist nicht mehr König

... auf die Dritte Welt

Die Europäische Gemeinschaft ist bei den wichtigsten Agrarprodukten zum Überschussproduzenten geworden. Weltweit ist die EG der zweitwichtigste Exporteur und der größte Importeur von Agrargütern. Erst die Importe von Nahrungsmitteln, Agrarrohstoffen und Futtermitteln, die zum erheblichen Teil aus Ländern der Dritten Welt kommen, ermöglichen die Überschussproduktion in Westeuropa.

EG: zweit wichtigster Agrarexporteur

Ohne diese Importe könnte sich die EG gerade ausreichend selbst mit Nahrungsmitteln versorgen.

Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten in der Dritten Welt

Die stark subventionierten Agrarexporte der EG haben weltweit zu Preiseinbrüchen geführt. Anbieter aus der Dritten Welt erlitten z. B. beim Zuckerexport erhebliche Einbußen. Durch die aggressive Exportpolitik der EG und USA sind die Binnenmärkte vieler Staaten in der Dritten Welt beeinträchtigt worden. Billigere Importe haben zu einer Veränderung der Ernährungsgewohnheiten geführt. Nahrungsmittel amerikanischer oder europäischer Herkunft werden von der städtischen Bevölkerung bevorzugt. Die einheimischen Produzenten verlieren Absatzmärkte und stellen häufig aufgrund der niedrigen Preise die Produktion für den Markt ein.

Abhängigkeit von Agrarexporten

Die Agrarimporte sind ausschließlich von Produktions- und Vermarktungsinteressen der Industrie in der EG bestimmt. Durch den Importbedarf der EG ist die Agrarproduktion in vielen Ländern auf den Absatz in der Gemeinschaft ausgerichtet worden. Dadurch ergeben sich Abhängigkeiten und Unsicherheiten, sodass die Produzentenländer immer häufiger gegeneinander ausgespielt werden können. Die Länder der Dritten Welt erzielen immer weniger für ihre Agrarprodukte und Rohstoffe.

EG ist mitverantwortlich

Die EG ist dadurch mitverantwortlich für eine einseitige Ausrichtung der Agrarstrukturen in den betroffenen Lieferländern auf einige wenige Exportkulturen, für die zunehmende Verdrängung der binnenorientierten Nahrungsmittelerzeugung, die Zerstörung von kleinbäuerlichen Produktionsstrukturen und den Raubbau an der Umwelt.

Importe in die EG werden erschwert

Durch die Marktordnungspolitik schottet die EG ihre Märkte gegen eine Vielzahl von Agrargütern und konkurrenzfähigeren Anbietern ab. Sie beschränkt den Zufluss vor allem auf unverarbeitete Produkte und verhindert dadurch den Aufbau einer Verarbeitungsindustrie und somit höhere Erlöse für die Länder der Dritten Welt.

Wem nützt die Agrarpolitik?

... weder Bauern noch Verbrauchern ...

Den Verbrauchern wird durch die Medien das Bild vermittelt, dass die Bauern von der Subventionspolitik profitieren. Den Bauern wird wiederum erklärt, die Verbraucher seien die Nutznießer von günstigen Preisen für Nahrungsmittel. Beide Einschätzungen lenken von den eigentlichen Nutznießern ab. Zwar hat auch eine kleine Zahl von Wachstumsbetrieben in der Landwirtschaft von den Subventionen profitiert, aber 70 Prozent der EG-Agrar-Milliarden kommen, wie der Europäische Rechnungshof bereits 1983 feststellte, nicht auf den Höfen an.

... sondern dem Agrobusiness

- 34,1 Prozent der EG-Subventionen wurden 1985 für Exporterstattungen ausgegeben. Es profitieren die Exporteure von Agrargütern und Transportunternehmen.
- 22,4 Prozent der Subventionen wurden für Lagerhaltung ausgegeben. Die Beträge gehen an die Besitzer von Kühlhäusern und Lagerhallen.
- 38,5 Prozent der Subventionen wurden für preisausgleichende Maßnahmen gezahlt. Diese Beihilfen werden nur zum geringen Teil an den Erzeuger direkt gezahlt. Es profitiert vor allem die Nahrungsmittelindustrie, z. B. durch die Verbilligung von Butter und Milchpulver für die Speiseeisherstellung.

20 bis 30 Prozent aller Subventionsanträge sind gefälscht, die EG-Kommission selbst beziffert den jährlichen Verlust durch Betrugsgeschäfte auf mindestens sechs Milliarden DM.

Die derzeitige Agrarpolitik nützt der chemischen Industrie, der Landmaschinenindustrie, den Banken, insbesondere den Großen in der Ernährungsindustrie, dem Lebensmittelgroßhandel sowie den Im- und Exportfirmen.

Für eine neue Agrarpolitik

Sackgasse Industrialisierungspolitik

Die Überlegungen der EG-Kommission in dem »Grünbuch« von Juli 1985 sowie die daraus resultierenden Preissenkungsvorschläge richten sich direkt gegen die bäuerliche Landwirtschaft. Die EG-Agrarpolitik zielt auf die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Struktur ab, an deren Stelle eine industrialisierte Agrarwirtschaft treten soll. Dieses Konzept missachtet,

dass selbst die Entwicklung der Industriegesellschaft bereits auf immer mehr Grenzen stößt. Radioaktive Verseuchung, das Waldsterben und die Verschmutzung der Flüsse sind Beispiele dafür, dass die Industrialisierung die Ressourcen für jegliches Leben, auch des menschlichen, in zunehmendem Maße zerstört. Wir stellen fest, dass die derzeitige Industrialisierungspolitik in die ökologische Krise, in die Sackgasse führt. Nur ein sofortiges Umdenken wird noch Schlimmeres verhindern können.

Es kann auf keinen Fall zugelassen werden, dass auch die Landwirtschaft, trotz deutlicher Warnsignale, weiter industrialisiert werden soll. Stattdessen ist ein radikaler Wandel in der Agrarpolitik dringend erforderlich. Neue Wege müssen beschritten werden. Anstelle der Fortschrittsgläubigkeit muss die Besinnung auf das sozial und ökologisch Notwendige und Sinnvolle treten.

Neue Wege

Das Bedürfnis nach weltweit ausreichend und gesunder Nahrung muss wieder mehr Geltung erlangen. Menschliche Bedürfnisse müssen mehr Gewicht haben als ökonomische Kriterien. Voraussetzung ist, dass die Landwirtschaft wieder aus der Rolle des Rohstofflieferanten für Industrie und Handel herausgeholt wird und dabei gleichzeitig weitgehend zum Erhalt der Landschaft beiträgt. Neben der Eigenversorgung mit den wichtigsten Agrargütern muss Wert auf eine möglichst vielfältige Produktion gelegt werden, sodass der internationale Handel mit Agrarerzeugnissen reduziert werden kann. Eine solche Agrarpolitik wäre der beste Beitrag der Europäischen Gemeinschaft (und der USA) für die Ernährungssicherung und für eine positive Agrarentwicklung in den Ländern der Dritten Welt.

Eigenversorgung

Eine neue Agrarpolitik für die Bauern

Zukünftige Agrarpolitik muss es den Bauern ermöglichen, in der Landwirtschaft zu bleiben. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht nach den üblichen Prinzipien der Unternehmensführung (Gewinnmaximierung) betrieben werden. Landwirtschaft muss ein Anliegen der ganzen Gesellschaft sein.

Anliegen der gesamten Gesellschaft

Landwirtschaftliche Produktion muss künftig mit weniger Aufwand an chemischen und technischen Vorleistungen betrieben werden. So wird es möglich sein, die Überschussproduktion abzubauen und mit naturverträglichen Methoden gesunde Nahrungsmittel zu produzieren. Gleichzeitig können so die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten werden und sogar zusätzliche geschaffen werden.

- Wichtigste Voraussetzung ist, dass die Arbeit auf den Höfen wieder angemessen bezahlt wird. Um regionale Standortunterschiede und unterschiedliche Produktionskosten zu berücksichtigen, fordern wir zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe die Einführung gestaffelter Erzeugerpreise. Bei Milch soll z. B. allen Betrieben, die nicht mehr als 200.000 Liter produzieren, für die ersten 60.000 Liter zusätzlich zehn Pfennig/Liter bezahlt werden.
- Zur Beseitigung der Überschüsse und zur Rückführung der industrialisierten Massentierhaltung fordern wir flächengebundene Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung (60 Kühe mit Nachzucht, 240 Mastrinder, 100 Zuchtsauen, 800 Mastschweine).

Eine neue Agrarpolitik für die Natur

Die Landwirtschaft hat neben der Produktion gesunder Lebensmittel eine zentrale Bedeutung für den Erhalt des Bodens und der Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten. Die Agrarpolitik muss Rahmenbedingungen setzen, die die naturverträgliche Bewirtschaftung des gesamten Lebensraumes sichert. Die Beschränkung des Naturschutzes auf Reservatsflächen ist als Instrument zur Erhaltung der Lebensgrundlagen gerade auch des Menschen völlig unzureichend. Deshalb fordern wir:

Naturverträgliche Bewirtschaftung

- Stop des zunehmenden Strukturverlustes im klein- und mittelbäuerlichen Bereich, Maßnahmen zum Erhalt der klein- und mittelbäuerlichen Mischbetriebe anstelle der spezialisierten Großbetriebe.

Erhalt der Mischbetriebe

Förderung ökologischer Produktionsweisen

- Abbau der Überschüsse durch eine Reduzierung der Dünge- und Pflanzenschutzmittelanwendung auf der gesamten Fläche.
- Bindung der Viehhaltung an die Fläche (Bestandsobergrenzen).
- Verbot eindeutig umweltbelastender Stoffe wie Atrazin, Lindan usw. und Verschärfung der Rückstandskontrollen im Lebensmittelbereich.
- Flächen- (Betriebs-)Stilllegungskonzepte sowie Agrar-Alkoholprogramme mit einer umso intensiveren Nutzung der Produktionsflächen sind abzulehnen.
- Die weitere Zerschneidung des Lebensraumes und die Verinselung von naturnahen Biotopen ist zu stoppen.
- Massive Förderung der ökologischen Produktionsweisen.
- Stop der weiteren maßlosen Versiegelung von Flächen durch Überbauung.

Eine neue Agrarpolitik für die Verbraucher

Die Agrarpolitik muss gewährleisten, dass die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln versorgt wird, die weitgehend naturbelassen sind. Deshalb fordern wir:

Förderung der Direktvermarktung

- Eindämmung des Konzentrationsprozesses in der Lebensmittelverarbeitung und im Lebensmittelhandel.
- Dezentralisierung des Handels.
- Dezentralisierung des Molkereiwesens und der Schlachtereien.
- Aufhebung von Handelsklassenverordnungen, bei denen optische Merkmale und die Lagerfähigkeit im Vordergrund stehen.
- Aufhebung aller sog. Qualitätsanforderungen, die nicht dem Gesundheitswert, sondern den Anforderungen der verarbeitenden Industrie dienen.
- Förderung der Direktvermarktung, insbesondere von Verbraucher-/Erzeugergemeinschaften;
- Förderung des Ernährungshandwerks.
- Aufbau unabhängiger Kontroll- und Beratungsinstitutionen.

Eine neue Agrarpolitik in Europa für die Dritte Welt

Neuorientierung des Agrarhandels

Im Hinblick auf eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Menschen in der Dritten Welt fordern wir eine Neuorientierung der EG in ihrer Agrarhandelspolitik. Die Agrarpolitik der EG darf nicht auf einer weltweiten agrarwirtschaftlichen Arbeitsteilung aufbauen, in der die Länder der Dritten Welt zu beliebig austauschbaren Lieferanten landwirtschaftlicher Rohstoffe degradiert werden. Umgekehrt darf die Dritte Welt nicht ein beliebiger Absatzmarkt für verarbeitete und veredelte Agrarprodukte aus Europa sein. Die europäische Agrarpolitik muss dem Recht aller Länder auf eine eigenständige Sicherung der Nahrungsgrundlagen Vorrang einräumen. Exporterstattungen für Agrargüter müssen gestrichen werden. Deshalb fordern wir:

Nahrungsmittelhilfe abbauen

- Die Überschussproduktion der EG ist durch Förderung und Sicherung der flächengebundenen bäuerlichen Erzeugung abzubauen.
- Die Nahrungsmittelhilfe ist innerhalb der nächsten Jahre auf reine Katastrophenhilfe zurückzuführen und soweit möglich ausschließlich mit Überschüssen in der Dritten Welt zu bestreiten (Dreiecksgeschäfte).

Kompensationsleistungen

- Der Importsog der EG, vor allem im Bereich der Futtermittel, ist durch die Rückführung der industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion abzubauen. In Fällen einschneidender einseitiger Abhängigkeitsverhältnisse hat die EG ihrer Verantwortlichkeit für die damit entstandenen Strukturdefizite Rechnung zu tragen und Ausgleichszahlungen zu leisten.
- Insbesondere die Futtermittelimporte der EG müssen im Verlauf der nächsten Jahre schrittweise abgebaut werden. Die im Rahmen der GATT-Verhandlungen angestrebte Liberalisierung des weltweiten Futtermittelhandels ist abzulehnen. Der Abbau der Futter-

Futtermittelimporte abbauen

mitteleinführen ist über bilaterale Handelsabkommen mit den jeweiligen Lieferländern zu regeln. Die EG hat aus ihrer Mitverantwortung für die in den betroffenen Ländern daraus entstandenen Strukturprobleme Kompensationsleistungen zu zahlen, die Spielräume für eine binnenmarktorientierte Entwicklung ermöglichen sollen.

- Der Agrarhandelsaustausch sollte nur auf der Basis einer gesicherten Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln aller Teilnehmer und auf Grundlage einer vielfältigen Produktionsstruktur erfolgen. Agrarexporte sollten nur dann erfolgen, wenn sie entwicklungspolitisch sinnvoll sind und (bei einem hohen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln) der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes zugutekommen. In solchen Fällen muss ein verbesserter Zugang zum EG-Agrarmarkt geschaffen werden.

***Gesicherte
Eigenversorgung***

Die Landwirtschaft in Westeuropa steht vor einer entscheidenden Wende. Noch bestehen realistische Chancen, das Schlimmste, die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und die totale Industrialisierung der Agrarproduktion, aufzuhalten. Um dies zu verhindern und zugleich den in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen und Männern neue Perspektiven zu eröffnen, bedarf es des Zusammenschlusses aller bewussten Menschen. Deshalb fordern wir alle betroffenen Organisationen und Einzelpersonen auf, diese Erklärung zu unterstützen und gemeinsam für eine soziale, ökologische und solidarische Landwirtschaft einzutreten, die den Ländern der Dritten Welt, der Natur sowie den Bauern und Verbrauchern gleichermaßen dient.

***Es bedarf des
Zusammenschlusses
aller bewussten
Menschen***